

## Bremer Konsens zur Schulentwicklung 2018-2028

### **Schulkonsens sichert und stärkt Schulsozialarbeit in Bremen**

Die Bremer Politik schafft mit dem Bremer Konsens zur Schulentwicklung 2018-2028 parteienübergreifend eine Grundlage für eine Stabilisierung der Bremer Schullandschaft. Dabei wird deutlich gemacht, dass die Schulstruktur den Rahmen für die ‚innere Schulentwicklung‘ darstellt.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Schulsozialarbeit Bremen begrüßt diese Erkenntnis. In diesem Zusammenhang nimmt sie insbesondere die Forderung nach einer Stärkung der Schulsozialarbeit in dem Bremer Konsenspapier zur Kenntnis. Danach soll in fünf Jahren, also 2023, an jeder Schule im Land Bremen das „Instrument der Schulsozialarbeit“ verfügbar sein. „Die bisherige Arbeit der Schulsozialarbeit an den Bremer Schulen hat klar deren Wert sowohl für die Kinder und Jugendlichen als auch für die Schulen insgesamt gezeigt“, beschreibt Tanja Sündermann, Schulsozialarbeiterin am Gymnasium Links der Weser und Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft, und folgert: „Die Soziale Arbeit an den Bremer Schulen ist zu einem stabilen Element Bremer Schulen geworden.“

Hierzu gehört auch die aktuelle Entwicklung einer Rahmenkonzeption der Schulsozialarbeit in Bremen, die zurzeit von der Bildungsbehörde in Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft erstellt wird. Dazu Tanja Sündermann: „An jeder Schule gibt es eigene Bedingungen und Besonderheiten, auf die Soziale Arbeit reagieren kann. Was bisher fehlte, war der klare verlässliche Rahmen, der hiermit geschaffen wird.“

Schulkonsens und Rahmenkonzeption für die Schulsozialarbeit erfordern schon jetzt eine klare personelle Absicherung. Patrick Heldt, Schulsozialarbeiter in Huchting: „Schulsozialarbeit ist Beziehungsarbeit und braucht viel Vertrauen auf der Seite der Kinder und Jugendlichen. Das geht nicht, wenn Kolleginnen und Kollegen teilweise für mehr als eine Schule zuständig sind.“ Langfristig unterstützt die Landesarbeitsgemeinschaft die Forderung der GEW nach einem Schlüssel von mindestens einer Stelle auf 150 Kinder und Jugendliche, kurzfristig immer mindestens zwei Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter an jeder Schule.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Schulsozialarbeit Bremen sieht die Absicherung der Schulsozialarbeit und ihre Ausweitung auf alle Schulen als positives Signal nach außen. „Damit schafft Bremen als Bundesland Maßstäbe“, stellt Holger Kühl, Lehrender an der Hochschule Bremen, fest und folgert „Jetzt sind die beiden nächsten Schritte klar: Finanzielle Mittel für die Umsetzung und Festschreibung der Schulsozialarbeit im Bremer Schulgesetz.“